

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1933

77 (4.7.1933)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-890909](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-890909)

Nachrichten

für Stadt Eilsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Jirk. Druck und Verlag von E. Jirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konturverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Heft Nr. 390

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließjahr 17

Nr. 77

Eilsfleth, Dienstag, den 4. Juli

1933

Ostmark und Weltkaiserium

Oesterreichs Schicksal ist Oesterreichs Strom, die Donau. Der Donauweg ist die uralte Ackerstraße zwischen den früh entwickelten Kulturgebieten Süddeutschlands und den Vätern des nahen Orients.

Wie alle diese seit frühgeschichtlicher Zeit bestehenden großen Verkehrswege ist der an der Donau heer- und Handelsstraße zugleich. Früh schon waren Germanen im Donaulande ansässig. Römische Regionen legten hier ihre ersten Lager an. Von germanischem Wesen aus christlicher Zeit findet uns das Nibelungenlied. Auch die Nibelungen sehen auf der Straße längs des Donauufstromes am Oien. Nibelungen, ein Städtchen nahe bei Wien, erinnert heute noch an den edlen Nibeliger von Bechelaren. Das Lied von Helldentum und Sieben der Nibelungen ist aber auch ein erschütterndes Zeugnis der furchtbaren Kämpfe des Germanentums mit den Reiterhorden asiatischer Steppenvölker.

Das Land bis zur Enns ging damals dem Germanentum, das keine staatliche Macht hinter sich hatte, verloren. Erst Karl der Große erkannte die Wichtigkeit einer Sicherung Deutschlands gegen den Südoften. Er besiegte die zwischen Enns und Raab ansässig gewordenen Avaren und überließ „Avarien“ als stiftliche Mark dem Frankenreich. Diese Mark wurde verwaltschaftlich einem kaiserlichen Markgrafen, in kirchlicher Beziehung dem Erzbischof Salzburg unterstellt und mit deutschen Kolonisten besiedelt, hauptsächlich Bayern. Das ist der Anfang des heutigen Oesterreichs.

Als Bindeglied zwischen dem jungen, geistig und wirtschaftlich neu erblühenden Deutschland der Karolinger und dem damaligen Martie der Welt, der oströmischen Kaiserherrschaft Byzanz-Konstantinopel, hatte die neue Ostmark von Anfang an eine hervorragende Stellung. Sie gelangte rasch zu gewissem Wohlstande, die sie außer ihrer seltenen Lage der klugen Politik der Markgrafen aus dem Hause Babenbergs dankte. Die Babenberger wurden Herzöge von ungeuordneter Selbständigkeit, ihr Hof eine Stätte der Pracht und der Kunst. Leopold „der Glorreiche“ verlegte die Residenz vom Kahlenberge in die Stadt Wien — „daz ist der rühmlichste Hof ze Wiene“, von dem Balthasar von der Wolzsee singt. Leopold dachte aber durchaus praktisch: Er verließ der Stadt Wien das „Stapelrecht“, nachdem sie schon 1198 eine ordentliche Verfassung bekommen hatte, und schickte ihr zudem „dreißigtausend Mark Silbers“ zur Förderung des Handels vor. Das Stapelrecht bedeutete, daß Waren, die über die betreffende Stadt ihren Weg nahmen, dort erst einige Wochen zum Verkauf ausgelegt werden mußten.

Ungemein wuchs die verkehrswirtschaftliche Bedeutung Wiens durch die Kreuzzüge, die ihre eigentlichen politischen und religiösen Ziele zwar vollkommen verfehlten, dafür aber um so schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für Europa hatten. Auf der Straße, die die Kreuzritzerherren nach Syrien führte, zogen alsbald Kaufmannswagenzüge nach Arabien. Oesterreich, im Schnittpunkt der Verkehrsstraßen zwischen Rheinland und Byzanz, zwischen Venedig und nordlichen Handelsstädten gelegen, erlangte Weltwichtigkeit.

Die Babenberger trieben vorlichtige, klare, völkliche Politik. Sie förderten Handel und Gewerbe, pflegten die Kunst und die geistige Verbindung mit dem „Reiche“. Außenpolitische Abenteuer lagen ihnen fern.

Die Babenberger starben aus. Habsburgs erster Vertreter, König Rudolf, war ein nüchtern, einfacher, kluger Mann, der gerade durch seine bürgerliche Art sich in den Augen der Zeitgenossen vortrefflich von seinem Gegenpoler, dem hochfahrenden, brutalen Diktator von Böhmen, abhob. Rudolf setzte sich mit Hilfe der Städte und der Geistlichkeit gegen die Anarchie des Abels durch. Damit wird der Kern einer politischen Macht in Oesterreich, aber die Gefahr des Aufstehens im böhmischen Königtum gebannt.

Die Hochzeit Albrechts II. bringt die Kronen Ungarns und Böhmens an das Haus Habsburg — und damit eine Umstellung der politischen und völklichen Lage.

Immerhin brachte Albrechts Hochzeit noch geographisch benachbarte Länder zusammen. Die eigentliche, systematische „Machtpolitik“ Habsburgs beginnt mit Friedrich III. Dieser sonderbare Mann dankt seine Erfolge vor allem der Tatsache, daß man ihn allgemein für harmlos hält. Wie ein moderner Industriepolitiker schmiedet dieser Habsburger durch Verhandlungen, Verträge, Familienbeziehungen seinen Machtbau. Sein größter Erfolg ist die Heirat seines Sohnes Maximilian mit Maria von Burgund. Dessen Anteil, Karl V., gebietet über Flandern, Spanien, Portugal, seine Heere erobert Mittel- und Südamerika. Der Gedanke einer katholischen, habsburgischen Weltmonarchie ist nahezu verwirklicht. Diegem Gedanken gelten die politischen Unternehmungen der Herrscher, nicht dem Stammlande Oesterreich.

Angewiesen haben die kleinen Leute in Wien, die Handwerker, Kaufleute und sonstige brave Bürger, ihre Stadt gegen die Stürme der Inflation und Türken gehalten. Sie haben ganz allein den Welberoberer Soliman den Großen von Deutschland, vom westlichen Europa abgewehrt. Das österreichische Bürgerium hat sich hochgebeutet, Bürger und Bauern haben das Deutschtum inmitten fremder Völker gewahrt.

Oesterreichs hohe Politik versängt sich in den spanischen Weltmachtplänen, scheitert schließlich im spanischen Erbfolgekriege. Stattdessen beginnt der Vormarsch nach Südosten, der mit der Einnahme von „Stadt und Festung Belgrad“ durch Prinz Eugen beginnt — und letzten Endes in den Weltkrieg führt.

Heutzutage steht Oesterreich seit dem Weltkriege ungefähr wieder da, wo es schon war, bevor Albrecht II. die Kronen von Ungarn und Böhmen erheiratete und die alte, selbständigkeitsvolle, völkliche Politik der Babenberger Herzöge zugunsten von Weltmachtplänen verlassen wurde. Aber die geschichtliche Tatsache, daß die ehemalige deutsche Ostmark durch die einstige Verbindung mit den Königreichen der Magyaren und der Tschechen in die südosteuropäische Völkergemeinschaft einbezogen wurde, daß sie später die Grundlage des Weltreiches bildete, in dem die Sonne nicht unterging, hat dem kleinen Land ein Erb widerstehender Kräfte hinterlassen, deren Spannungen Oesterreich heute wieder in den Mittelpunkt des Weltgeschehens rücken.

Neubildung des deutschen Bauerntums

Reichsernährungsminister Darre über seine Politik.

Berlin, 2. Juli.

Vor Pressevertretern gab der neuernannte Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung Darre Erklärungen über seine fünftägige Landwirtschaftspolitik ab. Er führte u. a. aus, daß sein Ziel gewissermaßen auf zwei grundsätzlich verschiedenen Wegen erreicht werden müsse. Die Stadt sehr den heutigen Menschen, und das Land liefert nur noch mittelmäßig die letzten Reste, die Deutschland als Volk erhalten. Man habe gar kein anderes Wahl, als sich die Blutquelle im Bauerntum zu erhalten, die notwendig sei, das deutsche Volk und die gesamte deutsche Kultur zu erhalten. Von diesem sittlichen Standpunkt aus gehe er an das Problem der Siedlung heranzugehen. Er verfolge unter Siedlung die Neubildung deutschen Bauerntums. Das sei das eine große Hauptziel. Zum anderen müsse vom Standpunkt des gesamten Volkes aus auch wirtschaftlich und landwirtschaftlich die Landwirtschaft in Ordnung gebracht werden, um die Ernährung sicherzustellen. Wenn man diese grundsätzliche Einstellung habe und sie erkenne, dann spielten die Methoden, um die Landwirtschaft in Ordnung zu bringen, eine zweite Rolle. Das seien Fragen der Zweckmäßigkeit. Während früher der Blick auf den einzelnen Bauern- und Gutsbesitzer gerichtet gewesen sei und man sich in dem Begriff der Rentabilität festgerannt habe, gehe er vom Ganzen aus, dem Landwirt die notwendige Rentabilität und Lebensmöglichkeiten zu sichern.

Ein englisches Urteil über Darre

Londoner „Evening Standard“ bezeichnet Darre als eine eindrucksvolle Persönlichkeit und einen riesigen Arbeiter. Er ist, so fährt das Blatt fort, Deutschlands größter Landwirtschaftsachverständiger und wurde als solcher auch von vorhergehenden deutschen Regierungen anerkannt. Er war ein enger Freund Hitlers seit 1927 und hat durch die Organisierung der Bauern mehr getan als irgendein anderer, um seinen Führer an die Macht zu bringen. Dr. Kurt Schmitt nennt das Blatt einen der hervorragendsten Verfahrungsachverständigen der Welt. „Star“ zufolge ist der interessanteste Mann unter den Stützen des Kanzlers Gottfried Werner.

Es geht aufwärts

Die Wirtschaft zum Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Der Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Stettin, Baldermann, äußert sich in seiner Eigenschaft als Mitglied der Zement-Industrie zum Arbeitsbeschaffungsprogramm etwa folgendermaßen:

Da die Exportmöglichkeiten, die früher in erheblichem Maße von der deutschen Zementindustrie ausgenutzt werden konnten, in den letzten Jahren immer mehr schwanben und seit einem Jahr fast ganz aufgehört haben, ist diese Industrie vielleicht für viel Jahre nur auf den Binnenmarkt angewiesen. Sie begrüßt daher ganz besonders das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung. Während im vorigen Jahre die Kapazität der Werke nur mit 25 Prozent ausgenutzt werden konnte, wird sie in diesem Jahre durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm erheblich mehr ausgelastet.

Die Zuschüsse, welche dem Hausbesitzer bei Instandsetzungen und Ergänzungsarbeiten usw. gewährt werden, haben sich bisher als eine der besten Anlaufbelohnungsmöglichkeiten erwiesen und werden, auch in diesem Jahre in erweitertem Ausmaß im neuen Arbeitsbeschaffungsplan vorgesehen, für die gesamte Bauwirtschaft eine wesentliche Hilfe bedeuten.

Ganz besonders begrüßt die Zementindustrie die Verbindung des großzügigen Straßenbauprogramms des Reichskanzlers, da sie hofft, daß nun wesentlich mehr Zement zum Straßenbau verwendet werden wird, als es bisher der Fall war. Die wenigen bisher in Deutschland gebauten Betonstraßen haben sich ganz hervorragend bewährt.

Stufen der Revolution

Kanzlerrede auf der SA-Führertagung

Bad Reichenhall, 3. Juli.

Zu der großen SA-Führertagung waren aus dem ganzen Reich sämtliche höheren SA- und SS-Führer erschienen. Die Stadt hatte aus Anlaß der Tagung seitlichen Flaggenstaud angelegt. Im Gegenwart des Reichsführers General von Epp eröffnete Stabschef Röhmer die Tagung mit einer Ansprache, in der er, um allen Mißverständnissen zu begegnen, ganz deutlich die Aufgaben der Reichswehr und der SA, umschrieb. Das Reichsheer habe Deutschlands Sicherheit zu gewährleisten und die Grenzen des Reiches zu schützen. Die SA, SS, und der Stahlhelm seien dagegen im Innern die Garanten der deutschen Revolution und gleichzeitig die große Schule für die deutsche Jugend zur Erziehung in wehrhaftem und nationalsozialistischem Geist.

Sodann ergriff der Führer des Stahlhelms, Seidte, das Wort. Er erklärte, daß er deshalb der Eingliederung des Jungstahlhelms in die SA zugestimmt habe, weil es in Deutschland nie mehr einen Bruderkampf geben dürfe.

Stürmisch begrüßt nahm dann

Reichskanzler Adolf Hitler

das Wort zu einer programmatischen Rede, in der er grundlegend und richtunggebend das Wesen der deutschen Revolution und die Aufgaben ihrer Träger aufzeigte.

Einstimmend führte er aus, daß diese Revolution nur Mittel zu einem höheren Ziel sei, und zwar zum Zwecke der Erhaltung und Sicherung des Lebens unseres Volkes.

Die Revolution der nationalsozialistischen Bewegung habe die Bedeutung des Rassenproblems erkannt. Die Fragen des Führertums, des Sozialismus, der Autorität usw. gingen alle auf die gleiche Wurzel des Blutes und des Volkstums zurück. Unsere Revolution könne ihren letzten Sinn nur darin haben, diese Erkenntnisse zu verwirklichen und nach ihnen das Leben des deutschen Volkes zu gestalten.

An Stelle der aus reinen ökonomischen Gesichtspunkten gebildeten politischen Führungsschicht müsse wieder eine art- und blutmäßig bedingte politische Führerschaft aufgebaut werden. Sozialismus sei nichts anderes als natürliche Ordnung eines Volkes nach seinen angeborenen Fähigkeiten. Gelingen es uns, eine solche politische Führerschaft heranzubilden, dann werde die deutsche Revolution für Jahrhunderte das Gesicht der deutschen Zukunft prägen.

Aus diesen grundsätzlichen Eckdaten ergebe sich das konkrete Ziel unserer Revolution: Ordnung im Innern als Vorbedingung zur Entfaltung der Kraft nach außen.

Folgende Phasen der nationalsozialistischen Revolution seien zu unterscheiden:

1. Die Vorbereitung des Kampfes.
2. Die Erringung der politischen Macht, die heute nahezu abgeschlossen sei.
3. Die Herstellung dessen, was mit der Totalität des Staates bezeichnet wird. Die nationalsozialistische Bewegung müsse diesen Staat zum Träger ihres Geistesgutes machen.
4. Die Lösung des Arbeitslosenproblems, auf die heute alle Kräfte konzentriert werden müssen. Sie sei für das Gelingen unserer Revolution letzten Endes ausschlaggebend.

Aber auch die Lösung dieser Frage habe zur Voraussetzung die Erziehung des deutschen Menschen im Geiste des Nationalsozialismus. Dies sei die vornehmste Aufgabe der SA-Führung, deren Verantwortung jährlich hunderttausende hunger Menschen anvertraut würden. Die SA-Führer müssen eine Garde bilden, die unerfütterlicher Träger unserer Gedankenwelt sei, damit von hier aus das ganze Volk dann durchbringen werden könne.

Nach der Machübernahme gelte es nun, auch alle Willensträger der deutschen Revolution, insbesondere die politischen Kampfbünde, zu einer Einheit zu verschmelzen.

SA und Stahlhelm haben sich jetzt zu fernern gemeinsamen Kampf die Hände gereicht. Es gebe dabei nicht Sieger und Besiegte. Sieger dürfe allein nur das deutsche Volk sein. Das Heer politischer Soldaten der deutschen Revolution wolle niemals unter Heer erliegen oder in Konkurrenz mit ihm treten. Das Reichsheer allein sei Waffenträger der Nation.

Der Führer schloß seine Rede mit einem besonderen Dank an die SA und SS für ihre beispiellose Opfer und ihren Kampf, dem das deutsche Volk so viel zu verdanken habe.

Treugetöbnis Selbste

Sichtlich ergiffen trat nun Reichsernährungsminister Seidte herzu und gab ein starkes Treugetöbnis ab. Adolf Hitler habe den größten Vertrauensbeweis gegeben, den ein Mann überhaupt geben könne. Er habe alle Schreier von seiner Seele gezogen und das ganze Leben und Sorgen seines Herzens für das deutsche Volk hüllenlos den Kameraden

offenbart, und dafür danke er ihm. Er sei bis zum Ende des vorigen Jahres des Führers Begünstigter gewesen, sein Gegner aber nie! Er sei auf Wunsch des Generalfeldmarschalls am 30. Januar 1933 nichtern und treulich ins Kabinett eingetreten.

In den fünf bis sechs Monaten gemeinsamer Arbeit habe er erkannt, daß Adolf Hitler recht habe, und stehe nun in Gläubigen und voll Vertrauen hinter ihm. Er bringe ihm dieses Zutrauen entgegen, solange er atme.

Bundesbefehl Geldtes

Bruchpflicht zwischen SA, SS, und SS. — Ausnahmeperre.
Der Bundesführer des Stahlhelm, Reichsarbeitsminister Franz Geldte, hat folgenden Bundesbefehl an den Stahlhelm herausgegeben:

1. Im Zusammenhang mit meinem Abkommen mit dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Adolf Hitler, ordne ich folgendes an:

a) Die Kameraden der SA und SS sind in derselben Form zu grüßen wie die Kameraden des Stahlhelm. b) In Uniform mit Kopfbedeckung ist militärisch zu grüßen wie bisher. c) Ohne Kopfbedeckung und in Zivil ist der Gruß durch Erheben der rechten Hand zu erweisen, wie es in der Reichswehr und Polizei ebenfalls befohlen ist. d) Dieselben Ehrenbezeichnungen sind den nationalsozialistischen Jägern und bei Abhängen des St.-Wesf.-Liedes zu erweisen. e) Bei festlichen Veranstaltungen ist neben der schwarz-weiß-roten und der alten Reichstriebsflagge die Fahnenfahne zu zeigen.

2. Ich bestimme vom 1. Juli ab eine Ausnahme- und Anmeldeperre für den Stahlhelm (früher Kern- und Ringstahlhelm). Die aus der Zeit vor dem 1. Juli 1933 vorliegenden Anmeldungen zum Eintritt in den Stahlhelm sind gemäß meinen früheren Vorschriften durchzuführen. Der Jungstahlhelm und der Schwarzhorst werden von diesen Sperranordnungen nicht betroffen.

Neuregelung der Mitgliederperre

Der Reichsfeldmarschall der NSDAP, Schwarz, hat folgende Verfügung erlassen:

Von der Mitgliederperre werden nicht betroffen: Angehörige der Hitler-Jugend, welche das 18. Lebensjahr vollenden, Angehörige der NSDAP, wenn sie der NSDAP am 1. Mai 1933 an gerechnet mitbestanden ein halbes Jahr angehört haben, Angehörige der NSDAP, die am 1. Mai 1933 an gerechnet mitbestanden ein halbes Jahr in einem Vager Dienst getan haben, SA- und SS-Anwärter nach einjähriger Dienstzeit, vom 1. Mai 1933 an gerechnet, Angehörige des Stahlhelm, wenn sie vom 1. Mai 1933 ab dem Stahlhelm ein halbes Jahr angehört haben.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß Neuanmeldete sich erst dann als Mitglieder der NSDAP bezeichnen dürfen, wenn sie in dem Besitz der von der Reichsleitung ausgestellten Mitgliedskarte gelangt sind.

Hitler bleibt Katholik

Amlich wird mitgeteilt: In der ganzen Welt sind Meldungen des Inhalts verbreitet worden, daß Reichkanzler Adolf Hitler der evangelischen Kirche beigetreten sei. Diese Behauptungen sind frei erfunden und erlogen. Reichkanzler Adolf Hitler gehört noch wie vor der katholischen Kirche an und beabsichtigt nicht, sie zu verlassen.

Koffhäuertag in Potsdam

Die Tagung der alten Soldaten. — Feierstunde am Sarcophag der Kaiserin.

Die alte preussische Residenzstadt Potsdam stand in den letzten Tagen im Zeichen der großen Tagung des Koffhäuertages. Es war ein Akt der Pietät und Dankbarkeit, daß der Bundesvorsitzende Erzellen, General von Horn vor Beginn der eigentlichen Tagung im Antiken Tempel am Sarcophag der Kaiserin einen in Eichengrün gebetteten Rosenkranz niederlegte.

General von Horn gedachte in einer Ansprache der Kaiserin, insbesondere als der Protektorin der Kriegervaisenhäuser und als treuer Landesmutter, er gedachte ferner der schmähvollen Zeit, als man sie zur Ruhe betete und brachte



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Zaghaft streckte Lore dem Manne mit den geschweiten Augen ihre Hand entgegen. Der aber übernahm diese Hand vor lauter Erschauern. Fassungslos starrte er Lore an.

„Das ist wirklich in höchstem Grade erstaunlich“, sagte er halb zu sich, halb zu Chirot und schüttelte den Kopf, „so etwas von Aehnlichkeit ist mir in meinem Leben noch nicht vorgekommen.“

„Na also“ — Chirot machte ein eifriges, zufriedenes Gesicht — „wer hat wieder einmal recht gehabt, Criesberger? Ich! Und wer wird recht behalten, daß wir in Mademoiselle von Sunius einen vorzüglichen Ertrag für Jeannette, was sage ich: Ertrag, mehr als einen Ertrag finden werden? Wieder ich! Also nun los, Criesberger. Machen Sie Ihre Probeaufnahme!“

„Darf ich Sie bitten, Mademoiselle, hier nebenan in die kleine Garderobe zu gehen. Sie finden dort die Kostüme, die Mademoiselle Jeannette in dem Film trägt. Wir werden Sie in dem Kostüm aufnehmen und außerdem ein paar Kopfbilder von Ihnen machen.“

Er ging zu der Tür nebenan und rief ein paar Worte, worauf eine freundlich aussehende, ältere Garderobefrau erschien. Lore folgte halb betäubt der Frau in eine kleine, behaglich eingerichtete Kleidergarderobe, die gegenüber dem Gange lag. Ganz willenslos ließ sie sich das Kleid abstreifen und erschien bald darauf in einem tief ausgeschnittenen schwarzen Tüllkleid, das die Garderobefrau aus einem Karton herausgeholt hatte und das Lore wie angezogen ließ. Ganz fremd kam sich Lore vor. Aber ihre Verwirrung wuchs, als nach kurzem Klopfen ein schneller, beweglicher Mann im weißen Kittel erschien, der sich ihr als der Theaterfriseur vorstellte. Ehe Lore

zum Ausdruck, daß wir heute erhobenen Hauptes an Ihren Sarcophag treten können.

Ferner wurden von den Kameraden des Koffhäuertages an den Denkmälern der preussischen Könige, am Denkmal Kaiser Wilhelms I. auf dem Ehrenfriedhof und an den Gedenkdenkmälern der Potsdamer Regimenter Kränze niedergelegt.

In der Sitzung der Landesgruppe Preußen der Kriegerhinterbliebenen und Kriegsbeschädigten des Koffhäuertages, an der gleichfalls Erzellen von Horn teilnahm, übernahm das Mitglied des Reichstages, Oberlindeber, von der NSDAP, den Vorsitz. Damit ist diese Gruppe endgültig unter nationalsozialistischer Führung.

Die Begrüßungsfeier

In Anwesenheit vieler hoher Offiziere der alten Armee sowie Vertretern der Reichswehr, der Schutzpolizei und anderer Potsdamer Behörden fand am Abend in der großen überfüllten Luftschiffhalle am Templiner See die feierliche Begrüßung der Abordnungen des Koffhäuertages statt, bei der das Trompeterkorps des ehemaligen Regiments der Garde-du-Corps in Hofgala, Spielmannszug und Kapelle des Stahlhelm und der Potsdamer Wämmergelangerein künstlerisch mitwirkten. General von Gotberg begrüßte nach dem Fahnenempfang die mehr als 600 Vertreter des preussischen Landesregimentverbandes. Den Gruß der Stadt Potsdam entbot Oberbürgermeister Kaufherr. Der Abendklang aus in den großen Parksteinfreid.

Vorbemerkung der 30000

Den Höhepunkt der Koffhäuertage bildete der über drei Stunden dauernde Vorbemerkung vor dem Bundesvorsitzenden General von Horn an der gleichen Stelle neben der Garnisonkirche, an der am 21. März Reichspräsident von Hindenburg die große Parade abnahm. Voran marschierte eine Ehrenkompanie der Reichswehr mit den ruhmreichen Fahnen der alten Armee, ihr folgten 30000 Koffhäuertagekameraden, Koffhäuertagejugend, Ehrenabteilungen des Stahlhelm, der SS und SA, der Schutzpolizei mit mehreren tausend Jägern.

Die Vereine der ehemaligen stolzen Regimenter Potsdams stellten zu dieser Parade ganze Gruppen der alten Truppenteile in Friedensuniform. Die ehemaligen Garde-Ärtillerien führten bei der Parade ein Geschütz mit sich. Der Vorbemerkung an der Garnisonkirche endete mit einem Reinenaufmarsch im Potsdamer Stadion, das bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Der Präsident des Koffhäuertages, Erzellen von Horn,

erklärte in seiner Ansprache, daß der Koffhäuertag sich Adolf Hitler unterstellt habe, nicht weil er müßte, sondern weil er diesen Soldaten aus dem Schützengraben, der Deutschland zum Aufbruch führte, freiwillig beist, weil er sich eins fühlt mit der nationalsozialistischen Bewegung und in diesem Aufbruch der Nation die Zukunft Deutschlands sieht. Hindenburg und Hitler sind, schloß der Redner, von unserem Geiste, und darum tragen wir ihnen freudig unser Soldatenentum entgegen.

3. Waffentag der Kavallerie

Der 3. Waffentag der Deutschen Kavallerie in Düsseldorf, zu dem Generalfeldmarschall von Mackensen und die Offiziere der alten und neuen Armee erschienen waren, vereinigte tausende ehemalige Kavalleristen, die die alte Waffentamerschaft erneuern und ein Treuegelübde zum neuen Deutschland abgeben wollten. Generalfeldmarschall von Mackensen begab sich sofort nach seinem Eintreffen zum Schlageter-Denkmal und legte dort einen prächtigen Kranz nieder. Den Höhepunkt der 3. Tagung des Deutschen Waffentages bildete der Deutsche Abend im überfüllten Düsseldorf Rheinstadion. Nachdem die „Wacht am Rhein“ verklungen war, begrüßte Feldmarschall von Mackensen die Erschienenen. Er gab seiner unerhüllterlichen Zuversicht Ausdruck, daß das deutsche Vaterland sich wieder aufrichten werde. Darauf marschierten 1000 SA-Männer mit blutroten Fackeln in die Arena des Stadions. Es folgte der Einzug der 19 alten Regimentsstandarten durch die leuchtenden Gassen der braunen Armee.

Gegen Hilfsverbände des Zentrums

Ihre Geschäftsstellen geschlossen, Vermögen sichergestellt.

Berlin, 2. Juli.

Der Amtliche Staatspolizeiamt hat im Laufe des Sonnabends in ganz Preußen die Geschäftsstellen folgender Verbände geschlossen und deren Schriftensmaterial und sonstige Vermögen sichergestellt: Friedensbund und deutscher Arbeiter, Windhorst-Bund, Kreuzfahr, Sturmchar, Volksverein für das katholische Deutschland und Volksvereinsverlag G. m. b. H., Katholischer Jungmännerverband sowie Personenvereinigungen, die die Fortsetzung der genannten Organisationen anzuhängen sind.

Diese Maßnahmen waren notwendig, da sich herausgestellt hat, daß die genannten konfessionellen Hilfsverbände des Zentrums sich staatsfeindlich betätigt haben und durch eine systematische Hege die natürliche Eingliederung großer Teile des katholischen Volkes in das nationale Deutschland zu sabotieren suchten. Durch diesen Mißbrauch religiöser und kirchlicher Einrichtungen für parteipolitische Zwecke mußte das Verhältnis zwischen dem nationalen Staat und der katholischen Kirche ernstlich gefährdet werden.

Nicht berührt von den Maßnahmen bleiben die rein kirchlichen Vereine, die sich von einer parteipolitischen Einseitigkeit fernhielten und lediglich sozialen und charitativen Zwecken dienen.

Auch in Baden wurden sämtliche Geschäftsstellen geschlossen.

Das Schicksal der Zentrumspartei

Ueber das Schicksal der Zentrumspartei war, wie das B.D.Z. bereits, bis Sonnenabend eine Entscheidung noch nicht gefallen. Die Beratungen innerhalb der Partei hielten allerdings soweit abgeschlossen sein, daß von dieser Seite die Auflösung der Partei und einem Politantenverbände der Zentrumspartei geordnet bei den nationalsozialistischen Fraktionen hindernisse nicht im Wege stehen. Die abschließenden Besprechungen mit den amtlichen Stellen über diese Fragen haben jedoch bisher noch nicht stattgefunden. Nur wenn sich bei diesen Besprechungen eine völlig neue Situation ergeben sollte, dürfte der Zentrumsführer Dr. Brüning noch einmal mit den Parteifunktionären beraten.

Aus Oberböhmen wird gemeldet, daß die dortige Zentrumspartei vor der Selbstauflösung steht. Die Zentrumspartei in der Provinz hat sich bereits aufgelöst und die Aufnahmen ihrer Abgeordneten als Politanten in die nationalsozialistische Stadtratsfraktion nachgeholt. Die Zentrumspartei verordnete von Frankfurt a. M., mit Ausnahme von Dr. Scharp, der sein Mandat niederlegte, haben gleichfalls ihre Aufnahme als Politanten bei der NSDAP beantragt.

Zwei Zentrumsfunktionäre, Ortsgruppenvorsitzender Mittelschullehrer Rüppel und Religionslehrer Sawm, in Guttstadt i. Ostpr. wurden in Schutzhaft genommen.

Hausdurchsuchungen bei der BVP

Verhaftung höherer Postbeamter.

München, 2. Juli.

Im Verlaufe der allgemeinen Hausdurchsuchungen bei den Funktionären der Bayerischen Volkspartei wurde auch bei zwei höheren Reichspostbeamten Material gefunden. Nach einer Verhaftung der Münchener Reichspostbeamten hatten die beiden Beamten eine Anordnung vorbereitet, die zufolge die Beamten des Reichspostministeriums, die in großer Zahl Mitglieder der Bayerischen Volkspartei sind, aus dieser Partei auszutreten haben, wobei offenbar ein besonderer Zweck verfolgt werden sollte. Einer der beiden, der zum Nachfolger des Staatssekretärs Neumeier aussuchen war, mußte in Schutzhaft genommen werden.

Deutschland verteidigt seine Währung

Dr. Schacht über die neue Transfer-Vereinbarung.

Zu der Erklärung der Reichsbank über den Transfer-Ausschub machte Reichsbankpräsident Dr. Schacht vor Vertretern der Presse ergänzende Ausführungen. Er wies darauf hin, daß die neuen Vereinbarungen vor allem auf die Lage des deutschen Exportes abgestellt seien. Die Reichsbank hat die äußersten Anstrengungen gemacht, den Transferen der Auslandsaliquidierer gerecht zu werden und ihnen

landeten. Dort fand Criesberger bereits an seinem Aufnahmeapparat, ein Geschloß neben ihm.

Lore von Sunius zitterte, als sie in den Apparat und das grelle Licht der Jupiterlampe, das der Gesicht des Photographen angeleuchtet hatte, ihre Augen traf.

„Nur rubig, rubig, gnädiges Fräulein“, sagte Criesberger. „Es kostet nicht den Kopf. Es kostet zunächst nur eine Kopfaufnahme.“

Lore nahm sich zusammen. Sie mußte jetzt rubig sein, wollte sie nicht alles verderben. Die eigentümliche Lust hier in diesem Hause, dieses Gemisch von Schminke, Parfüm, Staub und Ausstrahlung der riechenhaften Lampen verfestete sie in einen mehrwürdigen, feierhaften Rausch. Und als sie jetzt das angepasste, fast sanftmütige Gesicht des Photographen sah, mit dem er die Kamera prüfte, zu ihr ging, ihr ins Gesicht blickte, ihren Kopf zurechtstrich, ging eine eigentümliche Veränderung mit ihr vor. Sie fühlte auf einmal die Verlockung, von der Chirot gesprochen — die Verlockung dieser ganzen Atmosphäre.

Als wäre ihr eigenes Ich vollkommen von ihr getrennt, wandte sie jetzt den Kopf, daß er vor die Kamera ins Profil kam, schlug die schwarzgeschminkten Augenwimpern auf und verfuhr, ihrem Gesicht den schönfüßigen und glückverlangenden Ausdruck zu geben, den der Photograph festhalten wollte. Sie mußte plötzlich an Mario denken, wie sie ihn vor sich gesehen hatte, zu ihr geneigt mit jenem zärtlichen Strahlen der grauen Augen. Auf geheimnisvolle Weise war sie ihm jetzt hier nahe. Denn es war ja die Atmosphäre, in der sich auch sein Leben abspielte.

„So bleiben“, sagte plötzlich Criesberger. Lore's schüchternes Gesicht war lächelnd aufwärts gewandt, als träumte sie einem fernen Glück nach.

Chirot in seiner Ecke sah ganz still, bis die ersten Aufnahmen beendet waren. Nur sagte Criesberger: „Das ist was Orbenstück geworden, denke ich. Ich lasse gleich nachher entwickeln und heute abend können wir schon die ersten Probeabzüge haben.“ (Fortf. folgt.)

Aus Nah und Fern

Erstsech, den 4. Juli 1933

Tages-Zeiger

○-Ausgang: 4 Uhr 09 Min. - Untergang: 8 Uhr 52 Min.

S o n n w a s s e r:

11.00 Uhr Vorm. — 11.30 Uhr Nachm.

5. Juli: — 1 Uhr Vorm. — 12.20 Uhr Nachm.

* Von der 1. Reise ist Motorlogger „Wichelmann“ mit 546 Kantjes und Motorlogger „Reiher“ mit 403 Kantjes Heringen hier angekommen.

* Obstelektion in Schütte bei Verne. Es wird sicher alleseitig begrüßt werden, daß man jetzt auch in der Nähe Gelegenheit haben wird, Obst vermögen zu lassen. Frau A. Heinemann in Schlüte, die in Hannover einen größeren Lehrgang für geräuslose Frischverwertung mit besonderer Berücksichtigung der Herstellung von Säbimösten mitgemacht hat, stellt einen Säbimöstenapparat auf. Das wird besonders von denen begrüßt werden, die bisher ihr Obst zur Möstbereitung nach auswärts schicken mußten. Die im Lehrgang erworbenen Kenntnisse, gestützt durch reiche Erfahrung in der Obstverwertung aller Früchte, gewährleisten eine einwandfreie Herstellung des Möstes durch Frau A. Heinemann. Sider findet durch diese günstige Gelegenheit zur Obstelektion dieses gesunde und vor allen Dingen im Sommer so überaus beförmliche Getränk auch hier weiteste Verbreitung.

* Am Sonnabend nachmittag traf eine größere Gesellschaft von Bahnbeamten aus Vegesack mit Lust in der Raje mit dem Motorboot „Kom et“ hier ein. Die Ausflügler marschierten mit der Kapelle nach dem „Ginshof“, woselbst sie sich bei Spiel und Tanz vergnügten. Um 9 Uhr traten die Besucher die Heimreise an. — Der Bremer Schlepdpamper „Pira 5“ brachte Sonntag mittag eine Gesellschaft hier an. Die Besucher besichtigten unsere Stadt, und fuhren nachmittags weiter weiterabwärts.

epd. Am 28. Juni werden in Deutschland die Flaggen auf Halbmast. Der schwarze Tag von Versailles jährte sich zum 14. Mal. Am 2. Februar 1921 erhob der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß in einer Kundgebung feierlich die Anklage, „daß wider alles göttliche und menschliche Recht“ unter dem Namen und Vorwande des Friedens unter Ausführung eines „Friedensvertrages“ ein großes Kulturvolk, nachdem man es wehrlos gemacht hat, aus den Reihem der freien und lebensfähigen Völker endgültig gestrichen werden soll. Am 18. November 1922 wendet sich der Kirchenausschuß an die evangelischen Kirchen des Auslandes: „Der Friede von Versailles ist nur eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Waffen. Er läßt die Welt nicht zur Ruhe kommen und stößt ein großes Volk wie das Deutsche zusehends in den Abgrund. (Es ist dann die Rede von den Folgen der Erpressung in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung). Den auf das Schuldverhältnis aufgebautem Frieden und alles, was uns seitdem angetan worden ist, können wir nur als einen schreienden Widerspruch gegen die Forderung empfinden, daß christliche Grundfälle auch im Völkerleben anzuwenden seien. Was wir brauchen, ist die Möglichkeit zu leben, zu arbeiten und unser eigenes Volk zu essen und nicht minder die Möglichkeit, unsern ältesten geistigen Besitzstand zu erhalten und die Güter christlicher Frömmigkeit und Gerechtigkeit zu pflegen.“ In derselben Erklärung wendet sich der Kirchenausschuß auch gegen die alleinige Schuldbelastung Deutschlands, die durch und durch unwahr sei. „Man kann sich auf das Schuldverhältnis von Versailles nicht berufen, das wider göttliches und menschliches Recht einem wehrlos gewordenen Volk durch die schmerzlichen Drohungen abgezwungen ist und durch feststehende Tatsachen widerlegt wird.“ Die zehnjährige Wiederkehr des Versailleser Diktats im Jahre 1929 gab dem Kirchenausschuß wiederum Anlaß, sich mit schärfsten Worten gegen Versailles zu wenden, insbesondere auch gegen die Brandmarke der Deutschen als „Kriegsverbrecher“. Das bleibt für das Deutsche Volk unerträglich. Um seiner Ehre und um der Wahrheit willen kann es sich niemals dabei beruhigen, daß es für alle Zeiten mit einem solchen Makel gebrandmarkt sein soll.“ Am 23. Oktober 1931 wurde eine weitere Erklärung zur Kriegsschuldfrage abgegeben. So ist von der Kirche zu dem großen Urteil, das man uns angetan hat, nicht geschwiegen worden.

* Wieviel Oldenburger werden zum Arbeitsdienst einberufen? 1934 etwa 6000. Die Vorkarbeiten für die Zuzugnahme des Arbeitsdienstes nähern sich ihrem Abschluß. Wie wir erfahren, wird damit gerechnet, daß um die Jahreswende 1934, und zwar zu Anfang des neuen Jahres, der Jahrgang 1914 zum Arbeitsdienst eingezogen wird. Es soll zunächst die erste Hälfte dieses Jahrganges eingezogen werden. Als nächste Jahrgänge werden die Jahrgänge 1915 und 1916 zum Arbeitsdienst eingezogen. Endgültige Entscheidungen liegen im Augenblick formell allerdings noch nicht vor. Den Jahrgang, der zum Arbeitsdienst eingezogen wird, bestimmt der Reichsstatler. Die Bestimmung des Beginn der Arbeitsdienstpflicht ist im übrigen Sache der Gesetzgebung, doch ist damit zu rechnen, daß Anfang 1934 der Arbeitsdienst beginnt. Für den Freistaat Oldenburg ergibt sich die Frage, wieviel Oldenburger Anfang 1934 zum Arbeitsdienst einberufen werden. Eine ganz präzise Antwort auf diese Frage ist nicht ohne weiteres möglich, aber aus dem vom Statistischen Reichsamt bearbeiteten und in den letzten Jahren veröffentlichten Zahlenmaterial läßt sich doch ein ungefähres Bild entwickeln. Das Statistische Reichsamt hat bei der Auswertung der Ergebnisse der Volkszählung von 1925 Erhebungen über das Alter der Bevölkerung getroffen. Im Jahre 1925 standen im Freistaat Oldenburg im Alter von 10 bis unter 11 Jahren (geboren 1914): 6000; im Alter von 9 bis unter 10 Jahren (geboren 1915): 4000; im Alter von 8 bis unter 9 Jahren (geboren 1916): 3700 männlich. Wenn man auch berücksichtigen muß, daß inzwischen zahlreiche Angehörige der Jahrgänge 1914, 1915 und 1916 gestorben sind, so sind doch andererseits auch welche zugewandert, so daß sich

das im wesentlichen ausgleichen dürfte. Es ist also damit zu rechnen, daß im Freistaat Oldenburg in den Jahren 1934, 1935 und 1936: 6000 plus 4000 plus 3700 zum Arbeitsdienst eingezogen werden.

* Aus der Industrie- und Handelskammer Oldenburg. Am Donnerstag, dem 29. Juni d. J. fand unter dem Vorsitz des Präsidenten, Herrn Otto Goyer, eine Sitzung des Geschäftsausschusses der Industrie- und Handelskammer statt. Der Präsident der Kammer gab einen Überblick über die Fragen des berufständischen Aufbaus im Sinne des nationalsozialistischen Programms und berichtete eingehend über die Besammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 22. Juni d. J. Der Geschäftsausschuß begrüßte die Wahl des neuen Präsidenten des Handelstages, Herrn Dr. von Renteln, und nahm von seinen Ausführungen in bezug auf die Aufgaben der Industrie- und Handelskammer im berufständischen Aufbau zustimmend Kenntnis. In Anlehnung an eine Anregung der Vollversammlung des Handelstages schlug der Präsident die Bildung eines Arbeitersausschusses sowie eines Angestelltenausschusses vor, die einstimmig Zustimmung fanden. — Die lebhaften Erörterungen der letzten Zeit über die Frage der Zukunft der Konsumvereine führte im Geschäftsausschuß zu einer eingehenden Aussprache. Es wurde beschlossen, dafür einzutreten, daß die Verkaufstellen der Konsumvereine allmählich in selbständige Geschäfte des gewerblichen Mittelstandes übergeführt werden, wodurch den älteren kaufmännischen Angestellten, denen es schwer fällt, in wirtschaftlichen Betrieben unterzukommen, eine eigene Existenzmöglichkeit geboten würde. In diesem Sinne wird sich die Kammer weiter einsetzen. — Die Einstellung der Angehörigen der nationalen Wehrverbände in die Wirtschaft wurde vom Präsidenten der Kammer den der Kammer zugehörigen Betrieben dringend empfohlen. Eine positive Mitarbeit an der möglichst zahlreichen Unterbringung Arbeitsloser aus den Kreisen der nationalen Wehrverbände, die aktiven Anteil an der nationalen Erneuerung gehabt haben, wird im volkswirtschaftlichen Interesse auf das stärkste befürwortet. — Der Geschäftsausschuß nahm von der erfolgten Zinsenkung der Landesparkasse und der Staatlichen Kreditanstalt mit besonderer Genugtuung Kenntnis und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß diese Zinsenkung das Signal für eine weitere allgemeine Zinsenkung sein möge. — Aus den weiteren Verhandlungsgegenständen ist zu erwähnen, daß der Geschäftsausschuß die Besichtigung eines Wäherrevolvers sowie eines Sachverständigen für Motoren- und Maschinenbau beschloß. — In der Frage der Gebührensenkung für Zwangsvollstreckungen beschloß der Ausschuß, eine Eingabe an das Justizministerium zu richten. — Weiter kamen zur Erörterung Fragen der Werkskonsumvereine sowie verschiedene Anfragen über das Gesetz über die landwirtschaftliche Erziehung, die Zwangsversteigerung sowie über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung. Hier hatte die Kammer verschiedene Gutachten zu erlassen. In der Frage der Werkskonsumvereine hält die Kammer an ihrem bisherigen Standpunkt fest, wonach lediglich in Fällen eines dringenden Bedürfnisses die Bekleinerung von Werksangehörigen durch den Werkskonsumverein erfolgen darf. — Mit der Abgrenzung der vom Präsidenten des Landesfinanzamtes Oldenburg vorgeschlagenen Bezirke der Neubildung der Steuerauslässe erklärte sich der Geschäftsausschuß einverstanden. Die Kammer wird rechtzeitig die von ihr zu benennenden Mitglieder der Steuerauslässe in Vorschlag bringen. — Den berechtigten Klagen auf Senkung der Gebühren für Zahlungsbefehle soll nachgegangen werden, insbesondere ist eine Senkung der Gebühren für Pfändungen erforderlich. Die Klagen hierüber sind so allgemein, daß die Handelskammer sich genötigt sieht, deswegen eine Eingabe an das Justizministerium zu richten. — Der Präsident der Kammer wies am Schluß der Sitzung eindringlich darauf hin, daß der selbständige Unternehmer in Handel und Industrie vor der Allgemeinheit die Verpflichtung in sich fühlen müsse, mit allen Kräften für eine Aufbesserung der Wirtschaft bemüht zu sein, und zu diesem Zwecke Arbeitslose in den Produktionsprozess neu einzustellen.

* Monatsgespräche am Tage. Fernsprechteilnehmer, die regelmäßig täglich zu der gleichen Zeit Ferngespräche mit demselben Teilnehmer führen müssen, melden die Gespräche zweckmäßig im voraus als Monatsgespräche an. Im innewertenden Verleze waren Monatsgespräche bisher nur nachts zugelassen. Vom 1. Juli d. J. ab können sie auch am Tage geführt werden. Für Monats-Tagesgespräche werden in der Hauptverkehrszeit (9 bis 13 Uhr) die doppelten Gebühren, in den übrigen Stunden die gleichen Gebühren wie für gewöhnliche Einzelgespräche erhoben. Besondere Vorteile bieten die nachts zwischen 21 und 8 Uhr geführten Monatsgespräche; für sie ist nur die Hälfte der Tagesgebühr zu zahlen. Ueber die näheren Bedingungen geben die Fernämter bereitwillig Auskunft.

* Der Landwirtschaftliche Zinsfuß. Die Pressestelle der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer bittet uns um Aufnahme nachstehender Notiz: In dem Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni d. J., das den Versuch macht, das auf der Landwirtschaft ruhende, größtenteils eingetragene Kreditvolumen den augenblicklichen Ertragsverhältnissen der Landwirtschaft anzupassen, ist grundsätzlich ein Zinsfuß von 4 % vorgesehen, dem im allgemeinen noch ein Verwaltungskostenzuschlag von 1/2 % zuzurechnen ist. Durch diesen Eingriff in die Zinssätze ist also nur die in der Landwirtschaft festliegende Schuldenmasse betroffen, nicht aber der Neukredit. Hier herrschen für den Realcredit auf Grund des derzeitigen Ausmaßes der Pfandbriefe immer noch Effektivzinsen von rund 8 % und im Personalcredit unter Zugrundelegung des derzeitigen 4 %igen Reichsbankdiskonts und einer Zinsspanne von mindestens 2 % Sätze von 6 %. Das Problem des landwirtschaftlichen Neukredits läßt also noch sehr viel zu wünschen übrig. Es fragt sich nun, ob ein Zinsfuß von 4 % für den Altcredit der Rentabilitätslage der Landwirtschaft entspricht. Untersuchungen der Betriebsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates zeigen, daß der

nicht vorzuenthalten, was ihnen nach den Verträgen zustünde. Es sei zu bebauern, daß sich die Weltwirtschaftskonferenz mit diesem Problem noch nicht befaßt habe.

Deutschland sei fest entschlossen, sein Haus mit eigener Kräfte in Ordnung zu bringen. Es mußte infolgedessen auch die Frage der Auslandsschulden selbst in die Hand nehmen; sie könne nur mit fairen Mitteln und nicht durch brutale Eingriffe in die Wirtschaft gelöst werden.

Der Abzug deutscher Waren auf dem Weltmarkt sei durch eine völlig einseitige Maßnahme, wie sie die Aufgabe des Goldstandards verschiedener Länder darstelle, in außerordentlicher Weise erschwert worden. Deutschland halte demgegenüber seine Währung durch ein Netz von künstlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Devisenpolitik voll aufrecht. Die Reichsregierung sei entschlossen, ihre Währung fest in der Hand zu behalten. Wenn man der deutschen Ausfuhr nicht eine größere Entfaltungsmöglichkeit gebe, so werde Deutschland schließlich die Möglichkeit bekommen, seine privaten Schulden zu bezahlen.

Anspruch auf Bezahlung ihrer Forderungen können nur die Länder erheben, die bereit seien, deutsche Waren anzunehmen. Deutschland bringe im Interesse der gesamten Weltwirtschaft ein ungeheures Opfer, wenn es in dieser Lage an der Goldparität festhalte.

Goldwährung muß bleiben

London, 2. Juli.

Die Vertreter der Goldstandardländer nahmen eine Festbeschlüsse an, deren Tenor etwa folgendes besagt: Es ist notwendig, daß die Goldwährung in allen Ländern, die demgegenüber noch auf der Goldbasis stehen, aufrechterhalten bleibt. Alle Länder, die die Goldwährung verlassen haben, sollten sich ihr womöglich wieder anschließen. Der Hauptzweck der Stabilisierung und der zur Stabilisierung geeignete Zeitpunkt müsse jedem dieser Länder in voller Unabhängigkeit überlassen bleiben.

Die Länder mit Goldwährung sind fest entschlossen, ihre Stellung um jeden Preis zu verteidigen.

Die Länder mit abgewerteter Währung billigen die feste Haltung, die von den Ländern mit Goldwährung eingenommen wird.

Obtloed gegen Westen?

London, 2. Juli.

Ein umfassender osteuropäischer Friedenspakt zwischen der Sowjetunion, Polen und den drei Staaten der Kleinen Entente soll, wie „Dainy Herald“ zu berichten weiß, so gut wie fertiggestellt sein. Unmittelbar nach Unterzeichnung dieses Paktes soll die sofortige Anerkennung der Sowjetunion durch die Kleine Entente und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgen.

Die Wirtschaft braucht Ruhe

Gottfried Feder über sein Programm.

Clausthal-Zellerfeld, 3. Juli.

Im Rahmen des Rektoratswechsels an der Bergakademie Clausthal sprach der neuernannte Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Gottfried Feder. Er gab der Hebungung Ausdruck, daß es seinem Ministerium ginge, der Schwerezeiten Herr zu werden.

Das erste, was die deutsche Wirtschaft brauche, sei Ruhe. Sie müsse das Gefühl unbedingter Rechtssicherheit haben und wissen, daß die Arbeit mit ihren Erträgen garantiert sei. Das Ziel sei die Neuordnung der deutschen Wirtschaft in jeder Form. Die Hauptaufgabe sei die Arbeitsbeschaffung. Der Verbrauch deutscher Erzeugnisse stelle sich nur als Erziehungsfrage dar. Sechs Millionen nicht unbedingt notwendiger Einfuhr bedeuten für den deutschen Arbeitsmarkt drei Millionen Arbeitslose. Die Arbeitsbeschaffung erfordere eine neue Wirtschaftsführung durch den Staat.

Arbeit und Brot

Berlin, 3. Juli.

Die Durchführungsbestimmungen zum Gesetz zur Wahrung der Arbeitsfähigkeit werden in diesen Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Besonders bemerkenswert darin ist folgende Bestimmung:

Bei den erforderlichen Neueinstellungen dürfen nur bisherige Erwerbslose berücksichtigt werden, und zwar in erster Linie Kinderreiche, Familienärmer und langfristige Erwerbslose, insbesondere solche, die der SS., SA., SVA. oder dem SA. und ihrer beruflichen Herkunft gemäß dem vorkommenden Berufszweig angehören.

Staatskommissar für die Hauptlandwirtschaftskammern

Berlin, 3. Juli.

Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Darré, hat den Bauerngutsbesitzer Dr. Karl Raute zum Staatskommissar für die preussische Hauptlandwirtschaftskammer ernannt.

Verkehrsunfall in Hagen

Fünf SA.-Männer bei einem Autozusammenstoß verletzt.

Hagen, 3. Juli.

Im Stadtfeld Eppenhaußen wollte ein Lastauto einer größeren Speditionsfirma in eine Nebenstraße einbiegen, als es am nachfolgenden, in schnellem Tempo fahrenden Lastwagen einer Jerolohner Firma, der dreißig SA.-Männer zu einer Sinoveranstaltung nach Hagen bringen sollte, mit voller Wucht in die Flanke fuhr. Der Jerolohner Wagen wurde zur Seite, so daß die dreißig SA.-Männer herausgeschleudert wurden. Fünf von ihnen erlitten schwere Verletzungen. Der Chauffeur wurde verhaftet.

Die Brandstiftung bei der Nordwolle aufgeklärt

Bremen, 3. Juli.

Die Brandstiftung in den Büroräumen des Kontorsverwalters der Nordwolle hat bereits ihre Aufklärung gefunden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß das Feuer von einer ungetreuen Angestellten angelegt wurde, deren Unterstellungen zu verheerenden. Die Täterin wurde festgenommen; sie ist geflüchtet. Die Brandstiftung steht mit der Forderung des Kontors und mit dem schwebenden Verfahren gegen die Brüder Rabusen nicht im Zusammenhang.

Reinertrag der landwirtschaftlichen Betriebe ausgedrückt in Hundertteilen des Einheitswertes nach der Veranlagung von 1928 ergibt, daß dieser in den günstigsten Jahren 1928/29 und 1929/30 2,5 v. H. bzw. 2,1 v. H. betrug, während die vorläufigen Ergebnisse für das Wirtschaftsjahr 1931/32 im Durchschnitt aller Betriebe überhaupt keinen Reinertrag mehr aufweisen. Diese letzten Ergebnisse lassen sich natürlich für eine Entschuldung nicht zugrundelegen, da dann überhaupt keine Möglichkeit für Zins- und Amortisationszahlungen gegeben wäre. Aber selbst wenn man annimmt, daß die landwirtschaftlichen Preisverhältnisse sich im Laufe der nächsten Jahre erheblich bessern werden, kann dennoch nicht damit gerechnet werden, daß die Zinsleistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in absehbarer Zeit über 2 v. H. des Einheitswertes steigen wird. Daraus folgt, daß die Festsetzung eines Zinsfußes von 4 v. H. darin führt, daß entweder ein großer Teil der heute überschuldeten Betriebe als nicht entschuldungsfähig abgelehrt werden muß, oder daß die Gläubiger den ihnen zugestehenden höheren Zinsfuß mit einer Einbuße bei ihrer Kapitalforderung zu begeben haben. Es liegt auf der Hand, daß ein Betrieb, der seine Schulden bei einem Zinsfuß von 2 v. H. bezahlen kann, hierzu nicht mehr in der Lage ist, wenn er diese mit 4 v. H. verzinsen soll. Das Interesse der Landwirtschaft geht zweifellos dahin, die aufgenommenen Schulden bei einem mäßigen Zinsfuß zurückzahlen. Ebenso sicher ist anzunehmen, daß auch der Gläubiger lieber auf einen Zinsfuß von 4 v. H. zugunsten eines 2 %igen verzichten würde, wenn ihm unter diesen Umständen die Gewähr gegeben würde, daß er wenigstens sein Kapital zurück erhält. Die Entwicklung der letzten Jahre, die die Schumpfung der wirtschaftlichen Werte der großen Öffentlichkeit klar vor Augen geführt hat, hat auch ein Verständnis dafür entstehen lassen, daß das in der Wirtschaft liegende Risiko nicht allein vom Schuldner getragen werden kann, sondern daß vielmehr Gläubiger und Schuldner gemeinsam am Verlust teilnehmen müssen, der nicht durch Schuld eines Einzelnen, sondern durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung entstanden ist.

* **Neuer Weltrekord der „Bremen“.** Der zur Zeit auf der Heimreise von Newyork nach Bremerhaven begriffene Schnelldampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd hat, wie aus einer letzten eingelaufenen Meldung von Bord des Schiffes herdogeht, die kürzlich von ihm erreichte Durchschnittsgeschwindigkeit von 28,14 Seemeilen in der Stunde auf dieser Fahrt noch beträchtlich verbessert. Mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 28,51 Seemeilen in der Stunde hat das Schiff den eigenen, von ihm gehaltenen Weltrekord geschlagen.

S Oldenburg. Stadtratsitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung gab Dr. med. Lebbe als Vorsitzender der früheren deutschnationalen Volkspartei eine Erklärung ab, in der er versicherte, daß die Auflösung der Kampffront Schwarz-weiß-rot nicht aus Zwang, sondern im vollen Bewußtsein der Verantwortung und vorbehaltlos aus dem Gefühl der Verpflichtung dem Vaterlande gegenüber erfolgt sei. „Wir bejahen rückhaltlos den Führeranspruch des Kanzlers des Deutschen Volkes. Wir tun es, um mitarbeiten zu können an dem schweren Aufbau des neuen Deutschlands und hoffen auf ein gutes kameradschaftliches Zusammenarbeiten und grüßen die Kameraden der NSDAP mit Front Feil, Hitler!“ Stadtratvorsitzender Dr. med. Brand dankte für diese Erklärung und stellte fest, daß immer weitere Kreise die Notwendigkeit des Homerischen Wortes einsehen: „Verderblich ist die Vielherrschaft, nur Einer soll Führer sein!“ Der Stadtrat genehmigte den Entwurf eines Statuts über die Aufbringung der Kosten der Straßenbeleuchtung im neugemeindeten Stadteil Ohmsiede. Er hob in 2. Lesung die Satzung für das Wohlfahrtsamt auf, da laut Hinweis des Ministers des Innern die Regelung, die die Satzung in der beschlossenen Neufassung enthalte, der satzungsmäßigen Verordnung nicht bedürfe. Die Vergütungssteuerordnung wurde entsprechend den Reichsbestimmungen geändert. Zweck Einbeziehung Oldenburgs in den allgemeinen Flugverkehr und im Interesse der Förderung des Luftportes in Stadt und Land Oldenburg stimmte der Stadtrat einem dringenden Wunsch der Ortsgruppe Oldenburg zu, die noch fehlenden Einrichtungen, insbesondere Räume für den polizeilichen Überwachungsdienst und eine Unterstellhalle für Flugzeuge mit Werkstattdarüber sofort durchzuführen zu können, daß die Stadt die selbstschuldnerische Kirchengemeinde gegenüber einer Baufirma für Forderungen aus dem Bau bis zum Betrage von 9000 RM übernimmt. Der der Schlachthof im verflorenen Jahre einen Ueberfluß von 20 000 RM zu verzeichnen hatte, sollen die Gebühren eine erhebliche Ermäßigung erfahren. Zu dem vorliegenden Voranschlag bemerkte Oberbürgermeister Dr. Nabeling, daß dieser nur als vorläufig zu betrachten sei. Das neue Finanzausgleichsgesetz werde verschiedene Abänderungen bringen. Die Zeit dränge aber dazu, den vorläufigen Voranschlag anzunehmen. Es soll möglichst dahin gestrebt werden, durch Beobachtung größerer Sparfamkeit einen Ausgleich der Fehlbeträge herbeizuführen. Bemerkenswert ist, daß die Einnahme der Stadt an Hauptsteuern um etwa 1 Million RM zurückgegangen ist. Die Voranschläge wurden mit einem aus dem Stadtrat beantragten Zusatz angenommen, daß nach Ablauf der ersten 6 Monate dem Stadtrat über den Stand der Fehlbeträge Mitteilung gemacht wird. An die öffentliche Sitzung schloß sich eine vertrauliche.

S Oldenburg. Die schon des öfters aufgetretene Besorgnis, die Reichsbahndirektion Oldenburg könne verlegt oder gar aufgehoben werden, ist nach einem in Berlin von Generaldirektor Dormmiller gehaltenen Vortrag wieder in den Vordergrund gerückt. Die Ausführungen, der jetzige Zustand müsse wohl eine Veränderung erfahren und die gelegentlich gefallene Bezeichnung „Direktionen“ gaben Bestimmten Veranlassung zu der Annahme, es handele sich dabei mindestens auch um Oldenburg. Auch diesmal dürften diese Sorgen genau so grundlos sein wie vordem. Seitens der früheren Regierung Oldenburgs wurde bestimmt erklärt, daß trotz Staatsvertrages bei dem Uebergang der oldenburgischen Staatsbahnen auf

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ordne ich folgendes an:

1. Sämtliche Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die dem Oldenburgischen Landtage oder den Vertretungskörpern der Gemeinden und Gemeindeverbänden angehören, werden mit sofortiger Wirkung von der weiteren Ausübung ihrer Mandate ausgeschlossen. Mit dem Ausschuß ist die Sperrung aller mit den Mandaten verbundenen Rechte (Anspruch auf Wahlen, Aufwandsentschädigungen, Freifahrten usw.) wider, soweit solche in Betracht kommen, verbunden.
2. Alle Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Hilfs- und Erfahrgenossenschaften sowie die Herausgabe sozialdemokratischer Zeitungen und Zeitschriften und jede andere Verbetätigung werden verboten.
3. Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Hilfs- und Erfahrgenossenschaften ist, soweit das nicht bereits auf Grund anderer Anordnungen geschehen ist, sofort zu beschlagnahmen und sicherzustellen. Von der Beschlagnahme ausgenommen ist das Vermögen derjenigen früher sozialdemokratisch geleiteten Organisationen, die zum Zwecke der Umschaltung bereits unter zuverlässiger nationaler Führung gestellt worden sind.

Oldenburg, den 27. Juni 1933.
Der Minister des Innern.
Joel.

Im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die Sozialdemokratische Partei weist das Staatsministerium darauf hin, daß mit dem offen zutage liegenden landesverräterischen Charakter der sozialdemokratischen Bestrebungen eine weitere Zugehörigkeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die aus öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Stuhngeld beziehen, zur Sozialdemokratischen Partei unvereinbar ist.

Oldenburg, den 27. Juni 1933.
Staatsministerium.
Joel.

Die Verwaltungsbehörden sind am 1. Juli d. J. angewiesen worden, die Geschäftsstellen folgender Verbände sofort zu schließen und deren Schriftmaterial und sonstiges Vermögen sicherzustellen.

- a) Friedensbund deutscher Katholiken
- b) Windhorstbund
- c) Kreuzschar
- d) Sturmshar
- e) Volksverein für das katholische Deutschland und Volksvereins-Verlag G. m. b. H.
- f) Katholischer Jungmännerverband
- g) sowie Personenvereinigungen, die als Fortsetzung dieser Vereinigungen und Verbände anzusehen sind.

das Reich derartig beschränkte für Oldenburg bedeutungsvolle Maßnahmen nicht getroffen werden dürfen. Es ist keineswegs anzunehmen, daß die jetzige Regierung nicht in gleicher Weise für die Erhaltung des Reichsbahndirektionsbezirks Oldenburg in seiner bisherigen Gestalt eintreten würde. — Mit den Marmararbeiten zur Herstellung der Ueberbrückung der Haarenmündung am Stau gegenüber dem Postgebäude in die Hunte wurde am Sonnabend begonnen. Es sind zunächst etwa 60 Pfähle einzurammen, die als Träger für die Eisenbetondeckung infrage kommen. Dazu müssen etwa 150 Meter eiserne Spundwand eingerammt werden. Ferner sind erhebliche Wehranlagen zu schaffen. Die beiden in die Stauwasser eingelassenen gewesenen großen Steine mit den Jahreszahlen 1726 und 1864, die beide Hinweis über die Zeit von früheren Staueränderungen geben, sollen in dem Gemäuer für das Wehr wieder Verwendung finden, ebenfalls der Stein mit dem Wappen und Türmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die nahe stehenden Häuser unter den Marmararbeiten zu leiden haben, wie das auch f. B. bei den Gebäuden am Rüstentanal der Fall war. Um aber unliebsamen Auseinandersetzungen vorzubeugen, sind die am Stau stehenden Häuser sämtlich auf ihre jetzige Beschaffenheit geprüft worden. — Im Landtagsgebäude verhandelten die vier Abgeordneten der Kampffront Schwarz-weiß-rot mit dem Ergebnis, daß sie beschlossen, sich unter Führung des Abgeordneten Numemann, bisher Vorsitzender der Deutschnationalen Fraktion, als Spolitanten der NSDAP anzuschließen. Es handelt sich außer um B. um die Abg. Dannemann, Metlach und Hille.

S Wardenburg. Unter großem Andrang von Zuhörern fand in Deltjens Gasthaus hier selbst eine Gemeinderatsitzung statt, auf deren Tagesordnung vor allem die Wahl eines neuen Gemeindevorstehers und die Festsetzung seiner Bezüge stand. Das Gehalt des Gemeindevorstehers wurde zunächst auf 2000 RM jährlich bemessen. Der bekannte, viele Jahre sowohl dem Landtage als auch der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer und früher auch schon kurze Zeit dem Reichstage angehörende Gemeindevorsteher Dieder. Dannemann leitete persönlich durch eine kurze Ansprache die Wahl seines Nachfolgers ein. Er versuchte unter Hinweis auf eine Sitzung des Landtagsvorstandes, an der er teilgenommen habe, einstimmig den bereits in Aussicht genommenen Landwirt Gustav Kreker aus Charlottenhof-Of zu wählen. Dies geschah durch Zuruf. Damit trat Herr D. von seinem Amte, das er vorbildlich 27 Jahre lang in treuer Pflichterfüllung führte, zurück. Neugewählt wurden ebenfalls für die bisherigen Beigeordneten Gastwirt Friedrich Arnten und Landwirt Dieder. Meyer als Beigeordnete Dr. med. Niefeld und Landwirt Joh. Böhm jun. Der bisherige Gemeindeflecker Radomsky, die Handarbeitslehrerin und ein Gemeindeflecker wurden in ihren Ämtern, die den beiden Letzgenannten schon gelündigt waren, bestätigt. Für den Kaufmann H. Hartms, der mehr als 24 Jahre treuer Gemeindevorstandsführer war, wurde, weil er zu den Doppelverdienern zählt, Otto Jacobs jun. gewählt. — Herr Dannemann verläumt nicht, seinen langjährigen treuen

Mitarbeitern herzlich zu danken, und Herr Arnten würdigte die erfolgreiche 27jährige Dienstzeit des ausgeschiedenen Gemeindevorstehers.

* **Dirkhauderfeh.** Der Einwohner Sch. kam auf tragische Weise ums Leben. Als er abends in einer neuen Badeeinrichtung noch ein Bad nehmen wollte, erhielt er plötzlich einen elektrischen Schlag, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Bei der Handhabung der erst provisorisch hergestellten Einrichtung muß die Bedienungsschaltung unter Strom geraten sein, der angefaßt der im Badzimmer herrschenden Feuchtigkeit tödlich wirken mußte.

* **Leer.** Die Geschäftsstelle der internationalen Arbeiter in Leer wurde durch die Polizei endgültig aufgelöst. Vor längerer Zeit wurde in der Geschäftsstelle eine große Anzahl von Büchern, die einen verbotenen Inhalt hatten, beschlagnahmt. Die internationalen Arbeiter in Leer haben mit ihren Schriften schon viel Unheil angerichtet, und so ist es erfreulich, daß mit der Verbetätigung der Druckzeugnisse dieser internationalen Organisation ein Schluß gemacht worden ist.

* **Bad Gandersheim.** Bad Gandersheim ist die erste deutsche Stadt, die das Hakenkreuz im Poststempel trägt. Die Stadt hat jetzt einen neuen Poststempel erhalten, der auf die Bedeutung des Ortes als Seebad und Kurort hinweist, und in dem sich das Zeichen des erwachenden Deutschland, das Hakenkreuz, befindet.

Amtskasse Wesermarsch
Rafte, den 1. Juli 1933
Für die **Hebung der 2. Rate der Steuer vom bebauten Grundbesitz** für die Zeit vom 1. April 1933/34 werden folgende Hebungstermine angelegt:
1. in **Geißlers Hotel in Geißfeld:** jetzige Gemeinden Geißfeld und Moorriem — 5. Juli 1933 von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr
2. in **Raabes Gasthaus in Berne:** jetzige Gemeinde Stebigen — 6. Juli 1933 von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr

Elsfleth. Auf der Landstelle des Herrn **Sigmund Klein** an der Wattenstraße hier selbst, versteigere ich am **Mittwoch, dem 5. Juli d. J., nachmittags 3 Uhr, den einmaligen Grasschnitt einer 7 Jück großen besten Marschweide sowie 4 Jück Gerste auf dem Halbe** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung, evtl. kurz Zahlungssfrist
Chr. Schröder, amtl. Auktionator

Obstedelmoststation in Schlüte bei Berne
Herstellung von Obstedelmost aller Früchte in jeder Menge, ferner mahlen und pressen für Weinbereitung
Frau A. Heinemann, Schlüte

Hemelinger Flaschenbier
Th. Schwegmann, Fernspr. 22
Zu verkaufen **2 fette Quenen 1 Fuder Heu Elimar Schiff**
Der Stahlhelm Bund der Frontranger Ortsgruppe Elsfl.
Mittwoch, den 5. Juli 8 1/2 Uhr abends
Monats-Versammlung bei Kruse. Verpflichtung. Ich erwarte alle Kameraden.
Der Führer
Eudolf Stindt

Studienassessor **Immo Braungardt**
Gertrud Braungardt geb. Wilmsmann zeigen ihre Vermählung an
Elsfleth, den 2. Juli 1933

Nach langem, schwerem Leiden starb unsere gute Mutter
Frau Anna Prella geb. Borgfede
Karl Prella
Grete Nitz geb. Prella
Beerdigung: Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 2 Uhr, von Oberree aus auf dem Friedhof in Elsfl.